



„Anti-Terror“-Politik in Tibet

2

Religionsgesetz Dissenz

3

4

„Anti-Terror“- Politik in Tibet

Pekings Politik hinterlässt Opfer -
auf allen Seiten

Kommentar



Foto: Michael Rahm
Kai Müller,
ICT-Geschäftsführer

September 2013: etwa 1.000 Tibeter demonstrieren im Landkreis Driru in Zentraltibet gegen die Anordnung der Behörden, die chinesische Staatsflagge zu hissen. Dutzende der Demonstranten werden daraufhin festgenommen. Fotos, die in der Folge in den sozialen Medien kursieren, dokumentieren weitere Proteste. Dabei gehen Sicherheitskräfte in Kampfausrüstung gegen offensichtlich unbewaffnete Tibeter vor, unter diesen ältere Männer und Frauen. Gummigeschosse werden gegen die Protestierenden eingesetzt, heißt es weiter. Tibeter werden festgenommen, viele erleiden Verletzungen. Die Behörden ordnen in großem Stil „patriotische Erziehungsmaßnahmen“ an. Im August 2016 wird bekannt, dass ein nach den Protesten in Driru verurteilter Tibeter offenbar nach Folter in Haft verstorben ist.

Die Proteste gegen die Maßnahmen zur Disziplinierung der Bevölkerung in Driru gehen noch etwa vier Monate weiter. Driru bleibt aber bis heute im Visier der „Stabilitätspolitik“ der chinesischen Behörden. Im August 2016 besucht der KP-Funktionär Wu Yingjie, seinerzeit in Driru verantwortlich für die „Corps zur Stabilitätswahrung“, ein Kloster in Driru. Wu wird Ende August 2016 zum

ParteiSekretär der Autonomen Region Tibet ernannt und hält damit die de facto einflussreichste Position in der Region.

Während die tibetische Bevölkerung in Driru - und vielen anderen Regionen Tibets - massiv unter den Repressionen und Übergriffen der chinesischen Behörden leidet, beschreibt erstmals ein Papier der Polizeiakademie in Xian die drastischen Folgen, die der, so heißt es, „brutale Kampf um „Stabilität“ und gegen „Terror“ haben kann. Trauma, Angstzustände, Neurosen und Stress beeinträchtigen die Funktionsfähigkeit der Sicherheitsorgane, so das Papier.

Klar ist: Pekings so genannte „Stabilitätspolitik“ hinterlässt Opfer auf allen Seiten und schlägt Wunden in Gemeinschaften und bei Einzelpersonen, die die Gesellschaft dauerhaft belasten werden.



Mehr Informationen:

International Campaign for Tibet: „Rare admission of psychological impact on troops involved in counter-terror, oppressive policies“, <http://bit.ly/2g8z5OK>

Gefahren für Tibeter und Uiguren

Die Gefahren, die von Chinas neuem Anti-Terror-Gesetz für Tibeter und Uiguren ausgehen, beleuchtet ein neuer Bericht, den die International Campaign for Tibet gemeinsam mit dem Menschenrechtsdachverband FIDH im „Foreign Correspondents' Club“ in der japanischen Hauptstadt Tokio vorgestellt hat. Der Bericht beschreibt die mit dem Anfang 2016 in Kraft getretenen Gesetz verbundenen Risiken für die Menschenrechte in Tibet und in der Uigurenregion Xinjiang (Ost-Turkestan). Der Bericht stützt sich auf frühere Analysen von ICT und FIDH zu Pekings Anti-Terror-Strategie bzw. -Gesetzgebung sowie die Ergebnisse einer internationalen Konferenz zu diesem Thema, die im Juni 2016 im niederländischen Den Haag stattgefunden hat. Tenor des Berichts: Repressionen gegenüber Tibetern und Uiguren sollen durch entsprechende Gesetze einen

Legitimationsrahmen erhalten, der es der Kommunistischen Partei ermöglicht, ihre Kontrolle über Tibet und Xinjiang zu verstärken und Proteste zu unterdrücken.

Dabei belegt die chinesische Regierung beinahe jeglichen Ausdruck einer besonderen religiösen oder ethnischen Identität mit dem Etikett „separatistisch“ und verwische bewusst den Unterschied zwischen friedlichem Protest und Gewaltakten.



Mehr Informationen:

International Campaign for Tibet: „China's new counter-terrorism law: Implications and Dangers for Tibetans and Uyghurs“ <http://bit.ly/2g1M9W0>



Foto: Screenshot Xinjiang TV

Kontrolle

Gesetzentwurf über „religiöse Angelegenheiten“: Bekannte Repressionen und neue Einschränkungen



Quelle: Fotocenter

„Religiöse Gruppen müssen die Führungsrolle der Kommunistischen Partei Chinas anerkennen und das sozialistische System und den Sozialismus mit chinesischen Charakteristika unterstützen“, so Chinas Staatspräsident Xi Jinping bei einer hochrangig besetzten zweitägigen Konferenz der chinesischen Führung im April 2016. Während Xis Aufforderung bekannter Rhetorik der Partei in Bezug auf die Religionsgemeinschaften in China entspricht, unterstreicht seine persönliche Teilnahme an der Konferenz, dass sich die Staats- und Parteiführung intensiv mit der Rolle von Religionsgemeinschaften befassen will. Seit 2013 hatten Staat und Partei bereits umfassende Gesetzesvorhaben umgesetzt oder eingeleitet, die Kontrolle und Überwachung des Staates in der Gesellschaft ausweiten. Hierzu zählen das Gesetz über nationale Sicherheit von 2015, das Anfang 2016 in Kraft getretene Anti-Terror-Gesetz, das vor kurzem in Kraft getretene Cyber-Sicherheitsgesetz sowie letztlich das Anfang 2017 in Kraft tretende Gesetz über ausländische Nichtregierungsorganisationen.

Umfassende Sicherheitsarchitektur

Da schon in das Anti-Terror-Gesetz Passagen über „religiösen Extremismus“ eingeführt wurden, überrascht es nicht, dass sich die Staats- und Parteiführung nunmehr auf Gesetzesesebene dezidiert den Religionsgemeinschaften in China zuwendet. Erstes Ergebnis dieser Befassung ist eine Überarbeitung des „Gesetzes über religiöse Angelegenheiten“, das in seiner jetzigen Form seit 2005 in Kraft ist. Der Entwurf dieser Überarbeitung wurde im September 2016 vom Staatsrat veröffentlicht.

Die neun Kapitel und 74 Artikel umfassende Überarbeitung der bestehenden Regularien stellt eine Fortschreibung und Verschärfung der bisherigen Praxis dar. Deutlich wird dies bereits an der Wortwahl des Gesetzesentwurfs. So rückt dieser durch die ständige Verwendung von Begriffen wie „Staatsicherheit“, „religiöser Extremismus“ und „Terrorismus“ alle religiöse Aktivität in die Nähe politisch aufgeladener Verbrechen.

Wie schon beim Anti-Terror-Gesetz und dem Sicherheitsgesetz von 2015 werden diese Begriffe entweder überhaupt nicht, oder nur sehr vage definiert, wodurch die Behörden einen enormen Definitionsspielraum erhalten. Dadurch kann so gut wie jede religiöse Handlung zum strafwürdigen Verbrechen erklärt werden. Gleiches gilt für jeden Ausdruck der tibetischen Identität, gewaltfreien Protest oder öffentliche Kritik an der Religionspolitik.

Feindselige Haltung

Das Gesetz verlangt überdies die „Unabhängigkeit“ religiöser Gruppen von „ausländischer Dominanz“, ein Passus der deutlich auf die feindselige Haltung der Behörden gegenüber dem Dalai Lama gemünzt ist, aber beispielsweise auch auf vatikantreue Katholiken angewandt werden könnte.

Unter Erlaubnisvorbehalt der Behörden stehen unter anderem nach wie vor religiöse Aktivitäten, die Einsetzung religiöser Würdenträger und die religiöse Betätigung von Gruppen. Für Tibet besonders einschneidend ist die Beibehaltung der Erlaubnispflicht von buddhistischen Würdenträgern, deren Reinkarnationen nach wie vor von den Behörden anerkannt werden müssen. Die umfassenden Erlaubnisvorbehalte bedeuten überdies für alle Religionsgemeinschaften in der Volksrepublik China, dass sie unabhängig von den Behörden keine religiösen Aktivitäten entfalten dürfen. Unerlaubte Aktivitäten können unterbunden werden, nicht genehmigte religiöse Stätten wie Tempel oder Kirchen geschlossen und religiöse Gruppen ihren Status als anerkannte Religionsgemeinschaften verlieren. Das Gesetz verstößt damit umfassend gegen internationale Menschenrechtsstandards im Bereich von Religions-, Meinungs-, Versamlungs- und Vereinigungsfreiheit.



Mehr Informationen:

International Campaign for Tibet: „Suffocating religious freedom in Tibet: China’s draft regulations on religious affairs“, <http://bit.ly/2h9vjcE>

Dissenz nicht erwünscht

Blogger Shokjang in Haft



„China ist ein großes Land mit 56 verschiedenen Nationalitäten und die Tibeter sind eine der größten Minderheiten. Ich bin ein Bürger Chinas und tibetischer Intellektueller, das wertvolle Leben meiner Leute muss mich etwas angehen. Wenn das als „Anstiftung zum Separatismus“ bezeichnet wird, dann ist das nichts anderes als lachhaft. Ich kann meine Strafe mit leichtem Herzen und freiwillig absitzen, aber ich werde niemals ein Mensch sein, dem das Leben seiner Brüder und Schwestern egal ist. Das selbe würde ich für unsere chinesischen Schwestern und Brüder tun.“

Diese ungewöhnlich offenen Worte stammen vom tibetischen Intellektuellen Shokjang, der im März 2015 festgenommen wurde und eine dreijährige Gefängnisstrafe absitzt, unter dem Vorwurf, seine Meinungsbeiträge und Kommentare würden zum Separatismus anstiften. Ein offenbar aus dem Gefängnis geschmuggelter Brief Shokjangs, mit dem er diese Vorwürfe detailliert zurückweist, gelangte im März 2016 an die Öffentlichkeit.

Brief aus dem Gefängnis

Der Tibeter wurde bekannt für seine prägnanten Kommentare über die chinesische Nationalitätenpolitik und die Zwangsansiedlung tibetischer Nomaden. Neben seinen Blogbeiträgen hat Shokjang vier Bücher veröffentlicht: „Der mutige Weg“, „Die Macht des Stiftes“, „Der Freiheit willen, ich bereue nichts“ und „Rangdrols Mut“. „Der mutige Weg“ wurde von den Behörden verboten.

Der heute 31-jährige Tibeter hatte sich in seinen Artikeln stets für einen gewaltfreien Weg hin zu einer tibetischen Autonomie innerhalb Chinas eingesetzt. In einer Entgegnung

auf einen Artikel des liberalen chinesischen Wissenschaftlers Liu Junning zum Thema der „Politik der regionalen ethnischen Autonomie im Lichte der Ereignisse von Kunming“ - den Messerattacken mutmaßlich uigurischer Angreifer mit mehreren Todesopfern - hatte Shokjang die Missachtung der Rechte der Nationalitäten durch die chinesische Regierung kritisiert und dafür plädiert, eine föderale Autonomieverwaltung „auf der Grundlage von Freiheit und Gleichheit“ einzurichten. Dies könne die internen Konflikte zwischen ethnischen Gruppen komplett beseitigen.

In seinem Brief aus dem Gefängnis argumentiert Shokjang, dass sein Recht auf freie Meinungsäußerung in der chinesischen Verfassung verankert sei. Sollte er tatsächlich ein „Spalter“ sein, dann seien alle chinesischen Touristen, die Tibet besuchen und ihre Beobachtungen in den sozialen Medien posten, potentielle „Spalter“. „Nach dieser Logik wäre nur eine Minderheit der Bevölkerung nicht des Separatismus verdächtig, so Shokjang.



Mehr Informationen:

International Campaign for Tibet: „Popular Tibetan blogger asserts his innocence in letter from prison“, <http://bit.ly/2h5xaN1>

Tibet 360° Impressum

Herausgeber:
ICT Deutschland e. V.
Schönhauser Allee 163
10435 Berlin
Tel.: +49[0]30 2787 9086
Fax: +49[0]30 2787 9087
info@savetibet.de
www.savetibet.de

V.i.S.d.P.: Kai Müller

Gestaltungskonzept:
Creative Comp., Hamburg

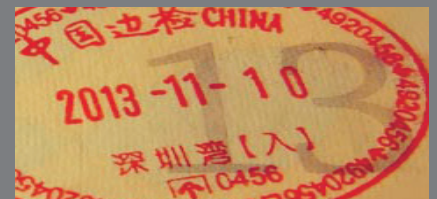
Druck:
Hans Giesemann Druck und
Medienhaus GmbH & Co. KG
Potsdam-Nuthetal

Stand: 9. Dezember 2016

+++newsTICKER+++



Tibetische „lebende Buddhas“ müssen Mao Zedong huldigen
Staatsmedien berichten über Propagandainszenierung,
<http://bit.ly/2gzWqd9>



Behörden konfiszieren Pässe,
<http://bit.ly/2heC4tL>



Zwei junge Frauen protestieren in Ngaba, zeigen Portraits des Dalai Lama, <http://bit.ly/2heDl4j>

Gesehen

Nonnen, vermutlich aus dem Kloster Larung Gar, müssen als Teil ihrer „Rechtserziehung“ patriotische Lieder singen, so Tibetologe Robert Barnett auf <http://bit.ly/2hcaysM>

